



## WORTE DES LANDESCHEFS

## Was sind die Aufgaben der Polizei?

In den letzten Wochen ist viel über Polizeikriminalitätsstatistiken geredet worden. Die PKS des Bundes zeigt hier ein ähnliches Bild wie die in Berlin und genau genommen aller anderen Bundesländern. Wir erleben seit Jahren eine Verrohung der Gesellschaft und die Statistiken dazu haben den Schleier der Jahre während der Coronapandemie wieder abgelegt. Es wird mehr geklaut und es wird mehr geschlagen, verantwortlich sind da immer häufiger junge Täter, immer häufiger welche ohne deutschen Pass. So weit, so klar. Die Schlussfolgerungen daraus treffen nur nicht der Kern. Also sollten wir vielleicht mal über das Wesentliche reden.

**Stephan Weh**

Ja, wir müssen über Ausländerkriminalität sprechen, aber einfach Grenzen zu und alle abschieben, löst die Probleme nicht und ist ohnehin als Teil der EU und mit Blick auf die Länder, in die wir abschieben, nicht ganz so einfach. Schauen wir uns beispielsweise die PKS in Berlin an, sehen wir eben auch, dass ein Drittel der zugewanderten Tatverdächtigen Ukrainer sind. Ganz nebenbei steigt auch die Zahl der Opfer ohne deutschen Pass deutlich an, die Zahlen von Straftaten in Flüchtlings- und Ankunftszentren übrigens auch. Neben einem Fokus auf die Begrenzung von Migration, die Abschiebung von denen, die wir abschieben könnten, sollten wir mit Blick auf Massendelikte auch endlich mehr darüber nachdenken, EU-Bürgern die Freizügigkeit zu entziehen (§ 6 FreizügG/EU). Aber das nur am Rande. Ganz grundsätzlich ist so eine PKS nämlich kein Abbild der gesamten Kriminalität, sondern der Tätigkeitsnachweis der Polizei. Im Kern geht es demnach darum, womit die Polizei beschäftigt war. Platt zusammengefasst, sie hatte mehr zu tun. Die notwendige Schlussfolgerung ist also ziemlich klar. Die Politik muss mehr tun, damit dieses Mehr an Arbeitsbelastung durch die Polizei gestemmt werden kann. Reden wir also mal genau darüber, statt uns in populistischen Forderungen und Phrasen zu verlieren!

Es ist kein Geheimnis, dass es in der Hauptstadt so ziemlich kein Kriminalitätsphänomen gibt, das es nicht gibt. Wir sind das Brennglas der Bundesrepublik und dementsprechend wissen wir hier sehr genau, dass immer wieder neue Phänomene auftreten und für zusätzliche Aufgaben bei der Polizei sorgen. Seit dem russischen An-

griffskrieg auf die Ukraine sind wir wieder von einer neuen Problematik heimgesucht worden, die längst zum Alltag avanciert ist, ohne dass andere Sachen weggefallen sind und ohne dass wir darauf vorbereitet waren. Der Personalkörper der Polizei Berlin ist nicht auf einen Krieg in Europa ausgerichtet, auch nicht auf den Konflikt in Gaza. Beide Lagen sind weit weg, Auswirkungen auf die Sicherheitssituation in der Hauptstadt sowie die Polizeiarbeit haben sie aber dennoch. Allein in meiner Direktion sind mittlerweile über 70 Polizeivollzugsbeamte rund um die Uhr mit Maßnahmen rund um zu schützende Personen oder Objekte voll beschäftigt, 700 sind es stadtweit.

Da reden wir noch nicht mal über Versammlungslagen in diesem Kontext. Die Folge ist, dass unsere DGLer überlegen müssen, wie sie Regeldienste, wie sie Funkwagen einsetzen sollen. Wir kompensieren das gerade flächendeckend über 50-Stunden-Wochen und ständiges Hin- und Herrudern mit den Dienstplänen. Wir kompensieren das, indem wir ÖPNV-Streifen nicht mehr stellen, die Verkehrssicherheitsarbeit aufs Mindeste reduzieren, Präventionsarbeit immer weiter herunterfällt und zahlreiche Delikte im Rahmen der schmalen Bearbeitung behandelt werden. Obwohl wir steigende Krankenzahlen haben, obwohl die Straftaten im ÖPNV wieder ansteigen, obwohl die Unfallzahlen hochgehen, gerade Präventionsarbeit bei Heranwachsenden, besonders mit anderem kulturellen Hintergrund, so immens wichtig wäre und obwohl wir schon jetzt nicht mal jeden zweiten Fall der PKS aufklären. Dabei stehen hinter genau diesen bundesweit gut sechs Millionen Straftaten sechs Millio-

nen Opfer. Menschen, die bestohlen, geschlagen, verletzt werden. Genau um diese Menschen sollte es für Politik gehen. Genau für diese Menschen sollte man sich die Frage stellen, was zu tun ist, um der zentralen Aufgabe des demokratischen Rechtsstaates gerecht werden zu können – die innere Sicherheit – zu gewährleisten. Das würden wir tun, indem wir verhindern, dass Menschen Opfer von Straftaten werden. Also müssen wir dafür sorgen, dass Zahlen sinken, und zwar nicht, indem meine Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeit einstellen, sondern indem wir sie in die Lage versetzen, effektiver arbeiten zu können.

Das würde gelingen, wenn man sie personell und technisch dazu in die Lage versetzt. Wenn man den gesetzlichen Rahmen weniger nach ideologischem Maßstab ansetzt als danach, womit wir es heute zu tun haben. Wenn man sie derart ausstattet und ausrüstet, dass sie ihrer Arbeit auch entsprechend nachkommen können. Stichwort: Wenn wir Menschen in den Dienst alarmieren, kann es nicht am Fahrzeugbestand scheitern, dass wir für den Bürger in der Stadt unterwegs sind. Wenn man sie nicht nach Lust und Laune mit weiteren Aufgaben zuhäuft, sondern bereit ist, Kapazitäten zu schaffen, die über das Mindestmaß hinausgehen, um dann auch reagieren zu können, was nicht aktuell ist, sondern was vielleicht kommt. Wir brauchen eine Polizei, die innovativ agieren kann, statt immer nur reagieren und priorisieren zu müssen. Dann wären wir am stärksten, denn dann überlassen wir das Feld nicht denen, die unseren demokratischen Zusammenhalt nicht sichern, sondern spalten und destabilisieren wollen. ■



### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Mai ist für uns als GdP immer ein besonderer Monat, denn er beginnt schon mit einem Tag, an dem so ziemlich alle polizeilichen Kapazitäten gebündelt werden. Zugleich ist es aber per Historie der Tag von uns Gewerkschaften und den lassen wir uns nicht nehmen. Ebenso wenig unsere Eigenschaft, stetig den Finger in die Wunden zu legen, bei Arbeitsbelastung, bei mangelnder Ausstattung bei Regelungslagen, die wie im Fall unseres Positionspapiers zur Verkehrssicherheit effektive Polizeiarbeit verhindern. Viel Spaß beim Lesen.

**Benjamin Jendro,**  
Landesredakteur

## Deine GdP in den Medien



### DP – Deutsche Polizei Berlin

**Geschäftsstelle**  
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin  
Telefon (030) 210004-0  
Telefax (030) 210004-29  
gdp-berlin@gdp-online.de  
www.gdp-berlin.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke

**Redaktion**  
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)  
Telefon (030) 210004-13  
jendro@gdp-berlin.de

**Konten**  
Commerzbank  
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00

Hier findest Du uns  
in den Social-Media-Kanälen



## HWR-Dekan neues GdP-Mitglied

„Als Dekan des Fachbereiches Polizei- und Sicherheitsmanagement der HWR Berlin setze ich mich zusammen mit meinen Kolleginnen und Kolleginnen für ein gutes und professionelles Studium des gehobenen Polizeivollzugsdienstes ein. Die GdP Berlin engagiert sich für gute Rahmenbedingungen für die tägliche Arbeit bei der Polizei Berlin. Gute Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen gehören zusammen gedacht. Mit meiner Fördermitgliedschaft bei der GdP Berlin will ich das unterstreichen“.

**Prof. Dr. Christoph Kopke,**  
HWR-Dekan FB Polizei und Sicherheitsmanagement



Foto: GdP Berlin

### FÜR MITGLIEDER

## Abschnittswandern der Bezirksgruppe Dir 2

Nach dem Motto „Einmal um den Abschnitt“ treffen sich Mitglieder der Bezirksgruppe Dir 2 zum regelmäßigen Abschnittswandern. Zwei Ausflüge gab es bereits, weitere stehen an.

### Maika Wohlrab

Mit Unterstützung von Holger Szillat habe ich mir Routen aller zu umwandernden Abschnitte überlegt, wobei die einzelnen Strecken von 11 km bis 53 km (an zwei Tagen) reichen. Mit jeder Menge Spaß und in einem angenehmen Tempo wurde der A 25 Mitte März umwandert, gefolgt vom A 28 am Mitte April. Man kommt während der Wanderungen in interessante Gespräche, lernt Bereiche der einzelnen Abschnitte kennen, in denen man dienstlich noch keine Einsätze gefahren ist – das Ganze mit sportlichem und menschlichem Spaß und Zusammenhalt. Sei auch Du dabei, wenn es das nächste Mal wieder heißt: „Einmal um den Abschnitt“!

**Sa., 11. Mai 2024, Abschnitt 23**  
**Sa., 8. Juni 2024, Abschnitt 26**  
**Sa., 27. Juli 2024, Abschnitt 27**  
**Sa., 10. August 2024, Abschnitt 24**  
**So., 8. September 2024, Abschnitt 22**  
**Sa., 19. Oktober 2024, Abschnitt 21**

Treffpunkt jeweils 9 Uhr vor dem Eingang. ■



Foto: GdP Berlin (2)

## Denk an Deine Angaben!

Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Anspruch auf unsere Leistungen nur für diejenigen besteht, die ihre Mitgliedsbeiträge korrekt bezahlen. Das Land Berlin übermittelt uns eventuelle Änderungen aber nicht. Insofern bitten wir Euch, wenn Ihr umgezogen seid oder endlich befördert wurdet, sich die Ausbildung verlängert hat oder Ihr in den verdienten Genuss Eurer Pension/Rente kommt, es bei uns kundzutun. Nur so können wir Eure Mitgliedsbeiträge korrekt einstufen und schicken Post nicht ins Nirwana. ■



» Landeschef Stephan Weh via STERN

Die Polizei als Vertreter des Rechtsstaates zeigt klare Grenzen. Demokratie ist keine Einbahnstraße. Wer unsere demokratischen Möglichkeiten nutzen möchte, der muss sich auch an Auflagen und Gesetze halten. Das konsequente Durchgreifen unserer Kolleginnen und Kollegen ist ein starkes Zeichen in Richtung derer, die unsere Demokratie ausnutzen oder an der Durchsetzungskraft der Hauptstadtpolizei zweifeln.

## POSITIONSPAPIER DEINER GdP

# Neun Punkte für bessere Verkehrssicherheitsarbeit

Berlins aktuelle Regierungskoalition hat sich wie ihre Vorgängerinnen die Erhöhung der Verkehrssicherheit auf die Fahne und in den Koalitionsvertrag geschrieben. Diese soll weniger ideologisch geprägt die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmenden berücksichtigen, denn der Raum muss sowohl für Auto- und Kradfahrer als auch für Fahrradfahrer, Fußgänger und alle anderen Nutzer aktueller und zukünftiger Verkehrsmittel sicher sein. Als Gewerkschaft der Polizei (GdP) möchten wir unsere Expertise zur sinnvollen Aufteilung des Verkehrsraumes (siehe hierzu Ausführungsmerkungen) ebenso wie beim Ausloten realistischer Möglichkeiten durch neue Technologien, insbesondere neue/alternative Antriebsarten von Kraftfahrzeugen einbringen. Die zuständige GdP-Fachgruppe Verkehr hat dazu neun Punkte zur Gewährleistung von mehr Verkehrssicherheit zusammengestellt.

### Guido Leese

Vorsitzender FG Verkehr

### Ausführungsmerkungen zum Positionspapier

Bei der Aufteilung des vorhandenen Verkehrsraumes treten wir für eine gleichberechtigte Aufteilung aller Verkehrsarten ein. Hierbei sollen der Umweltschutz, aber auch die individuelle Mobilität aller Verkehrsteilnehmenden Berücksichtigung finden. Wir treten für den weiteren Ausbau und die Verbesserung des Angebotes des ÖPNV ein. Beim Ausbau des ÖPNV sollte dringend darauf geachtet werden, dass die Stadtränder stärker einbezogen werden. So könnte beispielswei-

se die Verlängerung der U-Bahn-Linien bis zum Märkischen Viertel, Marienfelde oder von Spandau zur Heerstraße spürbare Verkehrsentlastungen zur Folge haben.

Wir fordern, dass der weitere Ausbau von geschützten Radwegen unter Einbeziehung von Straßenbauingenieuren, der Polizei, der Feuerwehr und den Verkehrsverbänden vorangetrieben wird, sodass der vorhandene Verkehrsraum allen Verkehrsteilnehmenden gerecht wird. Hierbei sollten, anders als in der Vergangenheit, die Anwohnenden und ortsansässigen Unternehmen von Anfang an in die Planung und Umsetzung miteinbezogen werden. Dies betrifft auch den weiteren Ausbau der BAB 100. Wer die Innenstadt vom Straßenverkehr entlasten will, benötigt auch Verkehrsflächen, die dies realisieren. Dazu wäre ein „vollständiger“ Stadtring (der auch den



Namen verdient) ein hilfreiches Instrument. Des Weiteren sollten auch auf/an der BAB vorhandene Kontrollflächen erhalten bleiben und weitere entstehen, wo u. a. Lkw-Kontrollen möglich sind. Derzeit sind nur an der A 111 Am Festplatz und A 115 Zollamt Dreilinden entsprechende Flächen vorhanden. Letzte soll naturalisiert werden, was aus sicherheitstechnischer Sicht der falsche Weg ist.

Einzelne Versuchsprojekte, wie der Umbau der Bergmannstraße oder der Friedrichstraße, welche in der Vergangenheit sehr viel Geld verschlungen haben, sollten dringend beendet werden. Dies gilt gleichermaßen für das „Abpollern“ ganzer Wohngebiete. Dies verhindert zwar den Individualverkehr, trägt aber ganz enorm dazu bei, dass Not- und Rettungskräfte nur unter extrem erschwerten Bedingungen zum Einsatzort ge-



» Sprecher Benjamin Jendro via WATSON

Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit. Das klingt besorgniserregend. Aber die Sicherheitsbehörden werden bestmöglich in die Europameisterschaft gehen. Die Vorbereitungen laufen seit der Vergabe und werden stetig auch mit Blick auf gesetzliche und technische Möglichkeiten, aber auch globale Ereignisse wie Terror- oder Amoktaten angepasst. Das ist der grundsätzliche Rahmen, aber auch Zugangskontrollen, Polizeipräsenz, staatsschützende Maßnahmen. Dennoch reden wir über dynamische Lagen, die auch während der Spiele immer wieder eine handlungsfähige und flexible Sicherheitsarbeit erfordern. Die komplette EM wird uns vor Herausforderungen stellen, die sich im Turnierverlauf wieder völlig anders darstellen können, als man es sich jetzt ausmalt.

langen können. Vielmehr sollen tragfähige Gesamtkonzepte für ganze Gebiete, Industrie-, Wohn- und Gewerbegebiete entwickelt werden. So wurde am Beispiel der Friedrichstraße vergessen, dass das Hotel „Regent“ unter anderem auch durch Regierungsvertretende anderer Nationen genutzt wurde, dass das Auswärtige Amt ebenso in der Nähe liegt und regelmäßig bei Staatsbesuchen angefahren werden muss und dies über verschiedene Strecken (sicherheits-, aber auch verkehrsbedingt) erfolgt. Auch Einbahnstraßensysteme, welche dazu noch gegenläufig geführt wurden, sind hier keine Option oder Alternative. Hierfür betrachtet muss es weiterhin möglich sein, dass Staatsbesuche und der umliegende Fahrzeugverkehr durch kleinste Straßen (Charlottenstraße, Jägerstraße etc.) entfluchtet werden können. Hier müssen Optionen der Leistungsfähigkeit erhalten bleiben, zumal es sich nur um ca. 450 m Straßenstrecke (Friedrichstraße) handelt.

Weiterhin darf auch die individuelle Freizeitgestaltung, z. B. durch Fahrten ins „Grüne“, wieder Berücksichtigung finden. So ist erkennbar, dass an den Wochenenden leistungsfähige Straßen wie die Landsberger Allee/Landsberger Chaussee den fließenden Straßenverkehr durch gegenläufige LZA-Schaltungen nahezu zum Erliegen bringen und das, obwohl keine gravierenden Verkehrslagen vorhanden sind. Auch hier finden Baumaßnahmen statt, welche kontraproduktiv ge-

staltet sind. So wurde vor etwa fünf Jahren die Brücke über der Wuhletalstraße (Märkische Allee) abgerissen und der gesamte Fahrzeugverkehr über die angrenzenden Wohngebiete geführt, ohne dass hier ein Neubau angefangen wurde, sodass die Problematik noch immer besteht. Nun wurde vor Kurzem der massive Umbau der Marzahner Brücken (bis 2029) als Verkehrsprojekt begonnen (Landsberger Allee/Märkische Allee). Der hier vorhandene mehrspurige Verkehr wird nun über die nördliche Seite der Landsberger Allee abgewickelt, was erneut Verkehrsprobleme, sowohl für den Berufspendler als auch für den Wochenendnutzer, mit sich bringt.

Außerdem müssen Pendler mehr Berücksichtigung finden. Wer möchte, dass der ÖPNV stärker genutzt wird, muss an der Stadtgrenze (an den Zugängen zum ÖPNV) Parkmöglichkeiten bereithalten. Hierbei wird davon ausgegangen, dass in Brandenburg der Ausbau des ÖPNV noch andauern wird. Dies wird vermutlich auch nicht durch Neuvergabe/Verlängerung der Regionalbahnen aufgefangen werden.

Apropos parken: Wer möchte, dass weiterhin die Polizei, auch zu ungünstigen Zeiten, ihren Dienst versieht, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten, sollte auch an Parkmöglichkeiten für Beschäftigte im Schichtdienst denken. Zumindest in den Zeiten, in denen kein ÖPNV nutzbar ist (Nachtzeit/Feiertage, aber auch zusätzliche

Dienste, wie Anschläge/Amoklagen etc.). Diesbezüglich sollte auch daran gedacht werden, eigene Flächen für Parkhäuser auf Geländen der Dienststellen zu errichten. So wäre man auch politisch nicht nur unabhängiger, sondern hätte die Kollegen dort, wo sie gebraucht werden.

Die Infrastruktur in Bezug auf Ladesäulen, aber auch auf Wasserstoff muss in den nächsten Jahren deutlich verbessert werden, sodass bereits beschaffte und zukunftsorientierte Fahrzeuge auch genutzt werden können. Die beim BVHu stehenden vier Krafträder (elektrisch) werden wohl so schnell nicht einsetzbar sein, da veraltete Stromleitungen die benötigten Kapazitäten nicht hergeben.

Des Weiteren sollten Initiativen wie der generelle Wegfall von 50 Prozent aller Parkplätze in Berlin deutlich überdacht werden. Dies könnte zwar zum Fortzug von Anwohnenden führen, aber auch dazu, dass wir noch mehr Berufspendler und damit eine noch größere Verkehrsbelastung bekommen. Ebenso sollte überlegt werden, ob es zielführend ist, das Abstellen von Zweirädern auf dem Gehweg generell zu verbieten und stattdessen dazu zu raten, Fahrräder auf Autoparkplätzen abzustellen. Polizeilich betrachtet wird dies unweigerlich zu Konflikten zwischen den verschiedenen Verkehrsarten führen und dies kann nicht im Sinne eines friedvollen Zusammenlebens sein. ■

I. Beschaffung von Diensthosen mit Reflektorstreifen (ähnlich der Modelle THW, Feuerwehr etc.) für Außendienst leistende Kräfte (muss den Richtlinien der DGUV entsprechen)

II. Beschaffung von weißen Handschuhen und Reflektoren, auch an den Stulpen für Kradfahrende (muss den Richtlinien der DGUV entsprechen).

III. Bekleidung der FaSta in ein (angemessenes) Kleiderkonto zu überführen

IV. Ausstattung aller Außendienst orientierten Kräfte der Abt. Verkehr mit einem zweiten, ballistischen Schutzpaket, da verschiedene Fahrzeuge, Fahrzeughöhen und damit verbundenen

Größen, andere Einstiegs- und Sitzvarianten verlangen (Opel Zafira, DB Vito, VW T 5, DB Sprinter). Hierzu ist bereits ein Testlauf bei den BVHu angelaufen.

V. Zukunftsorientierte, sukzessive Umgestaltung des Fuhrparks der Abt. Verkehr und der Polizei auf alternative Antriebe (Elektro, Wasserstoff, E-Fuel). Dazu gehört eine entsprechende stadtweite Ladeinfrastruktur auf allen Dienststellen

VI. Die BGSt wieder für die Kolleginnen und Kollegen erreichbar machen – als Arbeiterleichterung für die BGSt und zur Beschleunigung der Verfahren

VII. Schnellere Digitalisierung und Vernetzung der Behörden untereinander

(kompatible Systeme für eine papierärmere Bearbeitung) – Polizei, Staatsanwaltschaft, LABO, BGSt etc.

VIII. Spezialkräfte insbesondere auf den Dienststellen BVHu, FaSta, VSD 1+2 sollten eine längerfristige Verwendung auf ihren Dienststellen erfahren, einhergehend mit einer besseren Personalentwicklung und entsprechendem Wissenstransfer bei abgehendem Personal. Dies beinhaltet auch, dass PA-/HWR-Absolventen gleich in die BVHu- oder FaSta- bzw. VSD-Dienststellen eingegliedert werden können.

IX. EG 8 für PAngSOD der BVHu und der TVE



Foto: CandyPictures

“ Landeschef Stephan Weh via Morgenpost

Der Bund hat ein Gesetz beschlossen, das massive Auswirkungen auf die Sicherheitslage in den Ländern hat und diese aufgrund fehlender Regelungen völlig im Regen stehen gelassen werden. Keiner weiß, wer die Social Clubs überprüfen soll, wie die Abstandsregeln zu Kitas, Schulen, Jugendclubs und anderen Einrichtungen durchgesetzt werden, wie es in Sachen Amnestie oder zukünftige Verfahren aussieht. Was machen wir, wenn beispielsweise 40 g Cannabis gesichert werden und es im Beweisverfahren vor Gericht durch spätere Durchtrocknung nur noch 20 g sind? Niemand weiß, wie es in Sachen Verkehrssicherheit ablaufen wird. Die Bundesregierung hat es bisher versäumt, wissenschaftlich evidente Grenzwerte für THC zu bestimmen, die dem heutigen Wirkstoffgehalt in Cannabis gerecht werden. Die Legalisierung wirft auch beamtenrechtliche Fragen auf, für die wir eine Rechtslage brauchen, die klar und nachvollziehbar ist.

Anzeige

MEDIRENTA

## Beihilfe – leicht gemacht!

Seit 40 Jahren für Sie im Einsatz: MEDIRENTA, Partner der GdP Berlin, übernimmt als Beihilfeberater mit dem **Komplett-Service** für Sie und Ihre Angehörigen alle Vorgänge rund um Kranken- und Pflegekostenabrechnungen. Als GdP-Mitglied profitieren Sie von besonderen Vorteilen.



Informieren Sie sich! **030 / 27 00 00** [www.medirenta.de](http://www.medirenta.de)



Foto: CandyPotPictures

Landeschef Stephan Weh via Berliner Zeitung

In erster Linie sind PKS und PMK aber ein Arbeitsnachweis der Polizei, der nicht die gesamte Kriminalität abbildet. Wir haben in vielen Bereichen nach wie vor ein Dunkelfeld und dürfen bei all den statistischen Werten nie vergessen, dass hinter jeder Straftat ein Mensch steht, der beklaut, geschlagen oder anders betroffen ist und mit den Folgen zu tun hat. Es ist zentrale Aufgabe und Pflicht von Politik, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Rechtsstaat handlungsfähig zu halten und Menschen zu schützen. Polizei und Justiz müssen personell und technisch so ausgestattet sind, dass sie ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen können. Wir brauchen Investitionen in die Sicherheitsbehörden und keine weiteren Einsparungen.

## Veranstaltungen

### Seniorengruppen

#### Dir 1

**Wann:** Mittwoch, 5. Juni, ab 13 Uhr.

**Wo:** LANDHAUS SCHUPKE, Alt-Wittenau 66, 13437 Berlin.

**Info:** Referent: Herr Galbrecht, Malteser Hilfsdienst, Thema: Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung

**Kontakt:** Werner Faber, Tel.: (030) 4032839.

#### Dir 2

**Wann:** Dienstag, 7. Mai, 15 Uhr.

**Wo:** El Manuel, Sandstraße 37/ Ecke Meydenbauerweg, 13593 Berlin.

**Kontakt:** Regina Geisler, Tel.: (030) 92124397, oder Jürgen Gesch, Tel.: (03322) 210390.

#### Dir 3 (Ost)

**Wann:** Dienstag, 21. Mai, 14 Uhr.

**Wo:** Stadtteilzentrum Berlin-Marzahn, Marzahner Promenade 38, 12769 Berlin.

#### Dir 4

**Wann:** Mittwoch, 8. Mai, 16 Uhr.

**Wo:** Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Str. 55, 12247 Berlin.

**Kontakt:** Peter Müller, Tel.: (030) 7967520 oder Erika Schink, Tel.: (030) 74771820. Fahrradgruppe Senioren Dir 4

**Wann:** Dienstag, 28. Mai, 10:30 Uhr.

**Wo:** um die Großfunkstelle Nauen.

#### Dir E/V

**Wann:** Donnerstag, 16. Mai, 11 Uhr.

**Wo:** Anleger der Stern & Kreisschiffahrt in Berlin-Wannsee, zum Ausflug.

**Info:** Es geht mit der Fähre der BVG nach Kladow, mit Einkehr in Kladow, und zurück mit der Fähre.

#### LPD/PPr/ZS

**Wann:** Dienstag, 7. Mai, 16 Uhr.

**Wo:** FRABEA, Afrikanische Str. 90/ Otawistr., 13351 Berlin.

**Bahnverbindung:** U-Bhf.-Rehberge oder/ und Buslinie 221 (Haltestelle Otawistr.).

**Kontakt:** Alberto Fourneaux, Tel.: (030) 4651559.

#### PA

**Wann:** Dienstag, 28. Mai, 16 Uhr.

**Wo:** Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Str. 55, 12247 Berlin.

**Bahnverbindung:** S-Bahn Lankwitz oder Lichterfelde Ost, dann mit den Bussen 184 oder 284 oder ein kurzer Fußweg vom Bahnhof Lankwitz.

**Kontakt:** Bernd Böhme, Tel.: (030) 85719550.

#### LKA

**Wann:** Samstag, 11. Mai, Abfahrten zwischen 8:20 Uhr und 9:10 Uhr an versch. Orten im Süden von Berlin.

**Wo:** Tagesfahrt mit Reiseunternehmen nach Rheinsberg.

**Info:** Spargelbüfett im Hotel Gutenmorgen, inkl. Getränke u. Kaffeegedeck, Rückkehr in Berlin ca. 18:30 Uhr, Unkostenbeitrag 84 €, Anmeldung erforderlich!

**Wann:** Dienstag, 21. Mai, 13 Uhr.

**Wo:** Villa Christina, Mariendorfer Damm 131, 10825 Berlin.

**Kontakt:** Bärbel Thielert, Tel.: (030) 6043174 oder Jürgen Heimann,

**Tel.:** (030) 7217547.

#### BüO

**Wann:** Mittwoch, 8. Mai, 16 Uhr.

**Wo:** Restaurant Paracas I, Güntzelstraße 37 a, 10717 Berlin.

#### Landesfrauengruppe

**Wann:** Mittwoch, 29. Mai, 16 Uhr.

**Wo:** GdP-Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin.

**Info:** bei Bedarf auch als hybride Veranstaltung.



Gewerkschaft  
der Polizei  
Berlin



# Hello Spring!

Der Frühling ist da...

...und mit ihm viele tolle Angebote:

<https://gdp-berlin.rahmenvereinbarungen.de>



## So einfach ist es:

- 1 Vorteilsportal aufrufen
- 2 Einmalige Registrierung mittels privater E-Mail-Adresse und dem Registrierungscode
- 3 Sofort attraktive Angebote wahrnehmen



cewe

Rosen<sup>th</sup>al

WMF

AEG

foodspring®



Download on the  
App Store

GET IT ON  
Google Play

Tchibo

JETZT IM APP-STORE  
HERUNTERLADEN  
» corporate benefits